

Krebs, Paul

Article — Digitized Version

Investitionskraft und Investitionsverteilung in der Bundesrepublik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Krebs, Paul (1952) : Investitionskraft und Investitionsverteilung in der
Bundesrepublik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 3, pp.
155-159

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131484>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal
and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to
exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the
internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content
Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise
further usage rights as specified in the indicated licence.*

ABHANDLUNGEN

Investitionskraft und Investitionsverteilung in der Bundesrepublik

Dr. Paul Krebs, Frankfurt a. M.

DER UNPROPORTIONALE ENTWICKLUNGSSTAND DER INDUSTRIE

Die Kapitalbildung in Westdeutschland ist durch den Krieg und seine Folgen stark beeinträchtigt worden. Die Spartätigkeit ist infolge der übermäßigen steuerlichen Belastungen, des weitgehenden Verlustes der Sparguthaben und des Mißtrauens in die politische Entwicklung und die Wertbeständigkeit der Währung auf einen Stand zurückgeworfen worden, der die Grundlage für die Finanzierung von Investitionen über den Kapitalmarkt im Vergleich zur Vorkriegszeit erheblich verkleinert hat. Ein Gutteil Schuld an dieser Entwicklung trägt allerdings auch die — nicht allein in Deutschland zu beobachtende — Kauflust weiter Kreise, auch der Wirtschaft, die sich in nicht unbeträchtlichem Ausmaß auf ausgesprochen entbehrliche Gegenstände und Leistungen erstreckt und auf manchen Gebieten über den sogenannten Nachholbedarf weit hinausgeht. Auf der anderen Seite ist die Eigenfinanzierung vieler Wirtschaftsunternehmungen, die durch steuerbegünstigte Abschreibungsmöglichkeiten erleichtert wird, infolge des Konjunkturaufschwunges nach der Währungsreform, vor allem aber nach dem Ausbruch des Koreakrieges, beträchtlich verstärkt worden. Der Wiederaufbau und Ausbau der durch den Krieg schwer zerstörten und durch die Demontagen beeinträchtigten Industriebetriebe wurde hierdurch erst eigentlich ermöglicht. Das Gleiche gilt — wenn auch teilweise unter ungünstigeren Bedingungen — für die Entwicklung von Produktionszweigen, die früher in der Ostzone und in Berlin heimisch gewesen sind. Demgegenüber sind diejenigen Industrien in der Entwicklung stark zurückgeblieben, die durch Produktionsverbote und -beschränkungen und durch besonders empfindliche Demontagen in ihrem Wiederaufbau behindert wurden. Dort, wo eine Produktionsausweitung an sich zulässig war, z. B. in der Energiewirtschaft, war die Erzielung ausreichender Gewinne infolge staatlich gebundener, die Produktionskosten vielfach unterschreitender Preise und damit die Ausschöpfung der steuerlich begünstigten Abschreibungsmöglichkeiten weitgehend unmöglich. Es ergab sich hieraus der mit den Grundsätzen einer freien Marktwirtschaft nicht zu vereinbarende Zustand, daß zahlreiche Industrie- und Handelsunternehmen über das notwendige Maß hinaus investierten, was in einzelnen Branchen zur Übersetzung von Kapazitäten führte, und daß darüber hinaus Vorhaben durchgeführt und Anschaffungen gemacht wurden, die mit Rücksicht auf die

Gesamtlage der Volkswirtschaft als entbehrlich, zum mindesten aber als nicht vordringlich anzusehen sind. Die hierfür aufgewandten „überschüssigen“ Beträge, die infolge der schematisch wirkenden Steuerbegünstigungen nicht — wie in normalen Zeiten üblich — anderweitig investiert wurden, fehlten der Grundstoffindustrie, vor allem dem Kohlenbergbau, der Energiewirtschaft und der Eisen- und Stahlindustrie. Die aus den öffentlichen Haushalten verfügbaren Mittel boten keinen Ersatz, da die Budgets durch erhebliche Lasten (Besatzungskosten, soziale Leistungen, Unterstützung der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen und West-Berlins) so stark in Anspruch genommen waren, daß sie zur Finanzierung der notwendigen Investitionen nur minimal beitragen konnten. Den Grundstoffindustrien kamen an Fremdkapital in den letzten Jahren in der Hauptsache nur die Gelder zugute, die ihnen aus Gegenwertkrediten (GARIOA-Fonds, Marshallplan) zuflossen. Diese Mittel, so beträchtlich sie in ihrer absoluten Höhe auch waren, standen in keinem Verhältnis zum Investitionsbedarf der Unternehmungen. Sie haben im übrigen — abgesehen vom Energiesektor — zum Ausbau der Produktion nur wenig beitragen können.

Infolge dieser Umstände war es unausbleiblich, daß sich mit der ständig steigenden Nachfrage des Binnenmarktes, zusammen mit den ebenfalls stark wachsenden Exportanforderungen, sehr bald erhebliche Spannungen in der Versorgung vor allem mit Kohle, Energie und Stahl ergaben, die bereits im Frühjahr 1950 zu Produktionseinschränkungen in der verarbeitenden Industrie führten. Diese Spannungen wurden dadurch verschärft, daß die der alliierten Entflechtungspolitik unterworfenen Betriebe der Montanindustrie in einem jahrelang anhaltenden — sich erst jetzt allmählich lösenden — Schwebezustand gehalten wurden, der ihnen die Voraussetzungen zur normalen Kapitalaufnahme vorenthielt und sie darüber hinaus jeder Initiative beraubte, die Produktionsleistungen wenigstens im Rahmen der zulässigen Grenzen zu erhöhen. Beim Kohlenbergbau kam erschwerend hinzu, daß die Leistung der Bergarbeiter durch Überalterung, durch ständigen Belegschaftswechsel — vor allem bedingt durch unzureichende Wohnungsverhältnisse — sowie durch Qualitätsabfall der geförderten Kohle weit hinter dem normalen Standard zurückblieb.

Bei der Eisen- und Stahlindustrie wirkten sich die alliierten Vorschriften nicht so nachteilig aus, weil

noch ein gewisser, inzwischen allerdings weitgehend ausgenutzter Kapazitätsspielraum vorhanden war. Die Unternehmungen konnten im übrigen auf Grund auskömmlicher Preise mehr Mittel in die Selbstfinanzierung einsetzen als der Bergbau und die Energiewirtschaft, wobei ihnen zugute kam, daß auf die Innenhaltung der vorgeschriebenen Produktionshöchstgrenze von 11,7 Mill. t wegen des hohen ausländischen Bedarfs an Stahlerzeugnissen seit Ende 1950 kaum geachtet wurde. Investitionen zur Ausweitung der vorhandenen Kapazitäten blieben jedoch nach wie vor untersagt.

Die Energiewirtschaft blieb zwar von Entflechtungsmaßnahmen verschont und unterlag somit keinerlei Beschränkungen und Hemmungen in der Kapitalaufnahme. Hier behinderte jedoch — neben den Stopp-preisen — der unergiebige Kapitalmarkt eine rechtzeitige und im Ausmaß ausreichende Durchführung der zur Deckung des steigenden Energiebedarfs notwendigen Erweiterungsinvestitionen.

Daß die Industrieproduktion im abgelaufenen Jahr trotz dieser vielfachen Hemmungen und Engpässe in der Grundstoffversorgung und in der Investitionsfinanzierung erneut beträchtlich ansteigen konnte, ist vor allem der Tatsache zu verdanken, daß in zunehmendem Maße amerikanische Kohle importiert werden konnte. 1951 belief sich die Einfuhr an ausländischer Kohle auf etwa 7% der gesamten Inlandserzeugung. Entlastend kam hinzu, daß die Steinkohlenförderung im Ruhrbezirk durch besondere Maßnahmen vor allem seit den letzten Monaten des vergangenen Jahres erheblich zunahm. Damit ist jedoch das Problem des nachhaltigen Ausbaus der deutschen Kohlenförderung nicht gelöst, einmal, weil die ernste Dollarlage eine Fortsetzung der Kohleneinfuhr auf die Dauer nicht gestatten wird, zum anderen, weil sich eine noch so gestiegerte Schichtleistung der Bergarbeiter an der Tatsache stößt, daß die Qualität der geförderten Kohle ohne Aufschluß neuer Vorkommen zusehends schlechter wird. Selbst wenn aber die Kohlenversorgung den steigenden Ansprüchen genügen würde, ist ein weiteres nennenswertes Anwachsen der Industrieproduktion wegen der nunmehr fast völlig ausgeschöpften Stahl- und Energiekapazitäten nicht möglich, wenn nicht sehr bald erhebliche Mittel für die Finanzierung der erforderlichen Erweiterungsprojekte im Grundstoffsektor freigemacht werden.

Da diese Mittel den Engpaßbereichen nicht automatisch zufließen — aus den Gründen, die oben kurz dargestellt worden sind —, blieb den zuständigen Stellen nur die Wahl, Maßnahmen zur Lenkung des verfügbaren Investitionskapitals in diese Kanäle zu ergreifen. Dies um so mehr, als es aus währungspolitischen Gründen nicht vertretbar erschien, für die Grundstoffindustrien Mittel im Wege der Kreditschöpfung freizumachen. Man zog daher die sich aus der oben geschilderten Entwicklung folgerichtig ergebende Konsequenz, daß in der übrigen Wirtschaft vorhandene „Zuviel“ an Investitionskapital den Grundstoffindustrien nutzbar zu machen. Mit der Zustimmung der betroffe-

nen Wirtschaftszweige konnte deshalb gerechnet werden, weil es offensichtlich war, daß deren weitere Produktions- und Umsatzentwicklung letztlich von der Ausweitung der Grundstoffproduktion abhängig ist. An Stelle des zunächst ventilirten sogenannten Abschreibungsplanes, auf Grund dessen die für den Einsatz von Mitteln aus Abschreibungen und Gewinnen vorgesehnen steuerlichen Begünstigungen der Wirtschaft nur dann erhalten bleiben sollten, wenn sie einen Teil dieser Gelder bei den Grundstoffindustrien anlegt, trat die vom Bundesfinanzminister im Frühjahr 1951 vorgeschlagene sogenannte Investitionshilfe, auf Grund derer die gesamte Wirtschaft nach bestimmten Bemessungsgrundlagen in Form freiwilliger Beiträge eine Summe von insgesamt 1 Mrd. DM aufbringen sollte, um sie für den Ausbau der Produktion im Bergbau, in der Energiewirtschaft und der Eisen- und Stahlindustrie einzusetzen. Als Entgelt für diese Leistungen sollten die Aufbringungspflichtigen Aktien, Wandelschuldverschreibungen oder dinglich gesicherte Obligationen der begünstigten Unternehmungen erhalten. Soweit die Unternehmungen im Zeitpunkt der Entgegennahme der Investitionshilfe nicht in der Lage sein würden, Aktien oder Obligationen zu emittieren, was bei dem überwiegenden Teil der Kohlenbergbau- und Stahlbetriebe wegen des alliierten Gesetzes Nr. 27 auch heute noch nicht möglich ist, war vorgesehen, daß diese Unternehmen die ihnen zugesetzten Mittel bis zur Ablösung durch die genannten Emissionen zunächst als Darlehen erhalten. Die Aufbringungspflichtigen sollten einstweilen als Unterlage für ihren Beitrag Obligationen der mit der Durchführung der Investitionshilfe betrauten Industriekreditbank AG, Düsseldorf, erhalten. Auf diese Weise hat der Gesetzgeber einen wenn auch unzureichenden Ersatz für die normale Kapitalmarktfinanzierung geschaffen.

DER INVESTITIONSBEDARF

Bei der Prüfung des im Grundstoffsektor vorliegenden Investitionsbedarfs hat sich sehr bald herausgestellt, daß mit der vorgesehenen „Umlage“ von 1 Mrd. DM nur ein geringer Teil der erforderlichen Aufwendungen gedeckt werden konnte. Der Finanzierungsbedarf allein im Kohlenbergbau, in der Energiewirtschaft und im Sektor Eisen und Stahl wurde wie unten näher ausgeführt auf jährlich etwa 4 Mrd. DM geschätzt, wobei die beiden erstgenannten Produktionsgruppen zur Zeit im Durchschnitt nur etwa 20%, die Eisen- und Stahlbetriebe rund 40% aus eigenen Mitteln aufbringen können. Es lag daher der — inzwischen weitverbreitete — Gedanke nahe, das Eigenfinanzierungspotential der Grundstoffindustrien durch Anpassung der Preise ihrer Erzeugnisse an das allgemeine Niveau zu stärken, obwohl man sich darüber im klaren war, daß auf diesem Wege die bestehende Finanzierungslücke nur zum Teil geschlossen werden könnte, zumal übermäßige Preiserhöhungen schon aus sozial- und wirtschaftspolitischen Gründen kaum vertretbar erschienen. Dieser Gedanke kam erst kurze Zeit vor

der Verabschiedung des Investitionshilfegesetzes zum Durchbruch. Ihm wurde in der Form Rechnung getragen, daß man der Bundesregierung bestimmte Vollmachten zur Erhöhung der Grundstoffpreise zuerkannte, wobei den begünstigten Unternehmungen gleichzeitig steuerliche Erleichterungen für die Investition von Abschreibungsmitteln in Aussicht gestellt wurden.

Leider hat sich die Verabschiedung des Investitionshilfegesetzes bis Anfang Januar 1952 hingezogen, so daß — abgesehen von Vorfinanzierungen in Höhe von rund 100 Mill. DM, die durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau Ende 1951 erfolgt waren — erst im Laufe dieses Jahres mit dem Einsatz der restlichen Mittel gerechnet werden kann.

Auch auf anderen Gebieten ließ es sich angesichts der herrschenden Kapitalknappheit im Bundesgebiet und der durch steuerliche Maßnahmen begünstigten Fehlleitung von Kapital nicht vermeiden, durch staatliche Lenkungsmaßnahmen solche Investitionen zu erleichtern, die volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig erschienen. Hierzu gehört in erster Linie der Wohnungsbau, der nach wie vor durch unzureichende Mietsätze geheimt ist. Auch für den Bau von Seeschiffen mußten Sondermaßnahmen getroffen werden. Auf Grund der hohen Frachtraten, verbunden mit steuerlichen Erleichterungen für die Abnutzung von Schiffen, konnte die Seeschiffahrt zwar unter wesentlich günstigeren Bedingungen arbeiten als der Wohnungsbau; es fehlte den Reedereien jedoch infolge des Verlustes fast aller ihrer Schiffe und ihres Kapitals nahezu jede Möglichkeit, die notwendigen Mittel für den Bau neuer Tonnage aufzubringen.

Um den Wohnungs- und Seeschiffbau zu fördern, hat man daher schon frühzeitig sowohl steuerliche Vorkehrungen (§§ 7c und 7d des Einkommensteuergesetzes) als auch Maßnahmen zur Bereitstellung langfristigen Investitionskapitals aus öffentlichen Geldern und aus Mitteln des Kapitalmarktes ergriffen. Daneben wurden — wie im Grundstoffsektor — aus ERP-Lieferungen angesammelte sogenannte Gegenwertfonds für den Wohnungsbau und die Seeschiffahrt eingesetzt. Ohne diese Hilfen wäre es unter den gegebenen Umständen nicht möglich gewesen, eine relativ so hohe Zahl sozialer Wohnbauten (annähernd je 350 000 Einheiten allein in den Jahren 1950/51) zu erstellen und die Handelsflotte auf den inzwischen erreichten Bestand von etwa 1,2 Mill. BRT zu bringen. Ähnliche Lenkungsmaßnahmen wurden zugunsten der verarbeitenden Industrie, der Landwirtschaft, des Fremdenverkehrs, des Handwerks und Kleingewerbes und anderer Wirtschaftszweige durchgeführt. Hier beschränkten sich die Maßnahmen jedoch weitgehend auf die Zuteilung von Gegenwertmitteln sowie auf Kredite, die den Unternehmungen im Rahmen der Vorfinanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Bundesregierung 1950 zur Verfügung gestellt wurden. Wenn auch viele Betriebe dieser Wirtschaftsgruppen in wesentlich stärkerem Umfange eigene Mit-

tel für Investitionen einsetzen konnten als namentlich die Grundstoffindustrien, so darf nicht übersehen werden, daß die Lage innerhalb dieser Gruppen recht unterschiedlich war und daß mit der Konzentration der zentral steuerbaren Gegenwertmittel auf die Engpaßbereiche der Grundstoffproduktion neue Kredite aus diesen Quellen kaum noch zu erwarten sind. Die „sonstige Industrie“ und die Landwirtschaft vor allem sind daher zur Ergänzung ihrer eigenen Mittel für die Zukunft stärker als bisher auf den Kapitalmarkt angewiesen, um so mehr, als mit ausländischen Darlehen und Beteiligungen vorerst nicht zu rechnen ist. Dabei müssen noch zahlreiche Investitionen durchgeführt werden, die erforderlich sind, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrieerzeugung auf den internationalen Märkten und die Einsparung von Devisen sicherzustellen.

Alles in allem müssen für die Finanzierung der unbedingt notwendigen Investitionen im Bundesgebiet ganz beträchtliche Mittel bereitgestellt werden, die aus eigenen Mitteln der Wirtschaft, mit den etwa noch zu erwartenden Gegenwertmitteln, mit dem Investitionshilfebeitrag und mit Kapitalmarkterlösen allein nicht aufzubringen sind. Aus diesem Grunde wird es sich auch in Zukunft nicht vermeiden lassen, beim Einsatz zusätzlich zu erschließender Finanzierungsquellen auf eine gewisse, wohlabgewogene Gesamtplanung zu achten, die allerdings dem Spiel der freien Marktwirtschaft möglichst weiten Raum lassen sollte. Bei der Beurteilung des Ausmaßes der vordringlichen Investitionsbedürfnisse ist zu berücksichtigen, daß neben den Erfordernissen für eine organische Weiterentwicklung der zivilen Produktion eine zusätzliche Steigerung der Industrieerzeugung im Rahmen des westlichen Verteidigungsprogramms notwendig werden wird. Für den Fall einer Einschaltung der Bundesrepublik in dieses Programm muß Westdeutschland seinen Beitrag zu einer jährlichen 5-prozentigen Erhöhung der europäischen Industrieproduktion leisten. Im Sektor der Eisen- und Stahlindustrie wird von Deutschland erwartet, daß innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit ein Ausstoß von 20 Mill. t Stahl pro Jahr erreicht wird.

Um den zivilen Bedarf decken zu können und darüber hinaus die erforderlichen Lieferungen zugunsten des Verteidigungsprogramms durchzuführen, kommt es zunächst darauf an, die deutsche Kohlenbasis nachhaltig zu erweitern. Nach den bisherigen Berechnungen werden für die Niederbringung neuer Schächte, für Investitionen zur Mechanisierung des Kohlenabbaus und für die Erstellung von Bergarbeiterwohnungen bis Ende 1953 mehrere Milliarden DM benötigt. In der Eisen- und Stahlindustrie, bei der sowohl Investitionen zur Erweiterung der Kapazitäten als auch zur Rationalisierung und Modernisierung der Produktion im Vordergrund stehen, muß jährlich ein Betrag von nahezu 1 Mrd. DM aufgebracht werden. Die Elektrizitätsversorgung muß sich auf einen jährlichen Bedarfszuwachs von 15—20 % einstellen. Der erforderliche Investitionsaufwand umfaßt für die Erweiterung

und den Neubau von Kraftwerken sowie für den Ausbau der Leitungsnetze einen jährlichen Betrag von etwa 1 Mrd. DM. Hinzu kommen die Erfordernisse der Gas- und Wasserwirtschaft, für die weitere erhebliche Mittel bereitgestellt werden müssen. Für die Fortsetzung des Wohnungsbauprogramms, die für die Steigerung der Produktivität der arbeitenden Bevölkerung unerlässlich ist, müssen in diesem Jahr wiederum etwa 4 Mrd. DM aufgebracht werden, wenn die gleiche Zahl von Wohnungen wie im Vorjahr erstellt werden soll. Weitere erhebliche Beträge benötigt der Seeschiffbau, der zur Aktivierung der deutschen Zahlungsbilanz unbedingt gefördert werden muß. Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß die notwendigen Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen in der „Sonstigen Industrie“ und die Intensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung einen erheblichen Kapitalaufwand erfordern.

BESCHAFFUNG DER INVESTITIONSMITTEL

Von amerikanischer Seite wurde wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß der erwartete zusätzliche Produktionsumfang nicht ausschließlich für Verteidigungszwecke eingesetzt werden soll, in der Erkenntnis, daß für die laufende Versorgung der zivilen Wirtschaft und des Exports und damit zur Aufrechterhaltung der finanziellen und wirtschaftlichen Stabilität der Bundesrepublik ein ausreichender Spielraum verbleiben muß. Es ist allerdings zu befürchten, daß man von amerikanischer Seite einen zu hohen Maßstab an die Leistungskraft der deutschen Wirtschaft anlegt, weil man erklärlicherweise von den reichen Hilfsquellen ausgeht, die den USA. zur Verfügung stehen. Wie auch immer die Entscheidungen über die Höhe des gütermäßigen deutschen Beitrags zur westlichen Verteidigung ausfallen mögen, so dürfte angesichts der oben angedeuteten Ziffern nicht zweifelhaft sein, daß wir auf eine beträchtliche Investitionshilfe von außen angewiesen sind, selbst dann, wenn sich die deutsche Investitionspolitik auf die vordringlichen Bedürfnisse konzentriert und wenn Staat, Wirtschaft und Bevölkerung zur Erreichung dieses Ziels Opfer bringen, die man unter den gegebenen Umständen von ihnen erwarten kann.

Da sich eine Kreditausweitung aus währungspolitischen Gründen verbietet, ist die Bereitstellung des zusätzlich benötigten Investitionskapitals nur aus dem laufenden Einkommen möglich. Daß dies sowohl für die Bevölkerung als auch für die Wirtschaft gewisse, wenn auch nur vorübergehende Opfer bedeutet, ist nicht von der Hand zu weisen. Andererseits wird zu gegebenen werden müssen, daß gewisse Einkommenselemente zu entbehren sind, ohne daß damit nennenswerte Einbußen in der Lebenshaltung und im Betriebsablauf der Wirtschaft zu erwarten sind. Im Gegenteil, ein angemessener Konsumverzicht, der sich in langfristigen Sparkonten oder in Wertpapieren niederschlägt, ist der geeignete Weg, den notwendigen Druck auf die Preise auszuüben und damit die allenthalben zum Durchbruch kommenden inflationistischen Ten-

denzen abzuschirmen. Er hilft gleichzeitig dem Ausbau und der Rationalisierung der Produktion, führt also zwangsläufig zur Versorgung des Marktes mit besseren und billigeren Erzeugnissen. Bei der relativ hohen Beschäftigungszahl im Bundesgebiet, den im Verhältnis zur Steigerung der Lebenshaltungskosten hohen Einkommen vor allem in der Industrie und der Landwirtschaft und der an Hand zahlreicher Beispiele belegbaren „Ausgabenwirtschaft“ ist es durchaus möglich, nennenswerte Beträge für die Finanzierung vordringlicher Investitionsvorhaben zu erübrigen, auch dann, wenn zugleich eine in vernünftigen Grenzen gehaltene Anpassung der Grundstoffpreise vorgenommen werden würde. Eine zusätzliche Ersparnis von durchschnittlich nur 5,— DM pro Kopf und Monat von ca. 15 Mill. Beschäftigten würde rund 1 Mrd. DM im Jahr erbringen. Damit wäre ein wesentlicher deutscher Beitrag für die Steigerung der Leistungskraft der deutschen Wirtschaft im Interesse aller erbracht. Die bisherige Spartätigkeit, so günstig sie auch in den letzten Monaten verlaufen ist, muß noch immer als unzureichend bezeichnet werden. Die Ergebnisse sind im ganzen noch beträchtlich ungünstiger als in der Zeit vor dem Ausbruch der Koreakrise. Für eine langfristige Investitionsfinanzierung kommen die bisher angelegten Sparguthaben jedenfalls nur zum Teil in Betracht, weil sie im wesentlichen auf jederzeitigen Abruf angelegt sind.

Es bedarf naturgemäß besonderer Anstrengungen, die Spartätigkeit so anzuregen, daß sie einen fruchtbaren Beitrag zur Finanzierung der volkswirtschaftlich vordringlichen Investitionen leisten kann. Auf die Schwierigkeiten und psychologisch begründeten Hemmungen, die einem Erfolg dieser Anstrengungen entgegenstehen, ist eingangs bereits in kurzen Worten hingewiesen worden. Gleichwohl könnte selbst unter den gegebenen labilen Verhältnissen einiges erreicht werden. Zunächst ist wichtig, durch geeignete Aufklärung, notfalls durch unterstützende staatliche Maßnahmen, dafür zu sorgen, daß Investitionen und Ausgaben der Wirtschaft unterbleiben oder zumindest stark eingeschränkt werden, die für den Ausbau der volkswirtschaftlichen Leistungskraft entbehrlich sind. Selbst in einem reichen Land wie den USA. bestehen seit geraumer Zeit Investitionsverbote für minderwichtige Bauvorhaben und sonstige Investitionen. Das breite Publikum muß die Überzeugung gewinnen, daß Staat und Wirtschaft mit gutem Beispiel vorangehen, das knappe Kapital in die richtigen Kanäle zu leiten und die verfügbaren Rohstoffe und Arbeitskräfte da einzusetzen, wo sie den volkswirtschaftlich und sozialpolitisch nachhaltigsten Effekt erzielen.

Selbstverständlich kann eine Propaganda für erhöhtes langfristiges Sparen nur Erfolg haben, wenn dem Sparer ein genügender Anreiz für Kapitalanlagen geboten wird. Leider fehlt es in dieser Beziehung noch immer an den notwendigen Voraussetzungen sowohl auf steuerlichem Gebiet als auch in bezug auf den Zins, der den gegebenen Kapitalmarktverhältnissen nicht entspricht.

Dies vorausgesetzt, würde es auch dem Publikum begreiflich gemacht werden können, daß es seinerseits durch Konsumverzicht zur dauerhaften Gesundung der Wirtschaft und damit zur Erhaltung der Kaufkraft der eigenen Einkommen beisteuern kann und muß.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß vom finanziellen Standpunkt gesehen die Investitionskraft der Bundesrepublik durchaus nicht so gering ist, wie sie oft hingestellt wird. Es sind beträchtliche Kapitalreserven vorhanden, die mit geeigneten Mitteln erfaßt und zusätzlich erschlossen werden können, um an Schwerpunkten des Aufbaus eingesetzt zu werden. Andererseits sind die Lasten und unentbehrlichen Be-

dürfnisse jedes Einzelnen wie auch des Staates und der Wirtschaft so groß, daß die vor uns liegenden Aufgaben mit diesen Reserven allein nicht zu bewältigen sind. Die Bundesrepublik ist daher außer einer nennenswerten Investitionshilfe des Auslands auf langfristige Auslandskredite angewiesen. Die Voraussetzungen für solche Kredite sind noch nicht geschaffen; es ist jedoch zu hoffen, daß der Beitritt des Bundes zum Weltwährungsfonds und zur Weltbank, der bevorzustehen scheint, und die Regelung der deutschen Auslandsverbindlichkeiten, über die zur Zeit in London verhandelt wird, die Wege für die Erschließung dieser zusätzlichen Finanzierungsquellen ebnen werden.

Summary: Investment Power and Investment Distribution in the Federal Republic. The strong decrease in capital formation through the war and its aftermath has greatly reduced investment financing via the capital market. Thus, self-financing which was preferred during these years caused an unproportionate development of West-German industry. Especially the basic industry lagged behind in reconstruction. Funds lacking on the capital market could not be procured from the public budgets already strained too much. As the credit volume was not to be expanded for reasons of monetary policy, ways had to be found to direct available investment capital into the channels of basic industries. It was soon discovered that the investment aid of one thousand million DMarks to be raised from within the German economy was inadequate. Financing requirements of coal mining, power, and the iron and steel industry alone are estimated at 4 thousand million DMarks a year, of which the two first-mentioned industries cannot raise at present more than 20% and iron and steel not more than 40% from own funds. And there were other sectors appearing to deserve promotion from the national aspect (housing and the ship yards) on which government measures had to be taken in the shape of tax concessions as well as procurement of long-term capital loans from public funds. In the case of the processing industries, agriculture, tourism, and handicraft, such measures were restricted to the allocation of counterpart funds or the pre-financing of investments being part of the increase-of-employment programme. In view of the amount of funds required, the utilization of additional financing resources will call for careful overall planning. As the credit volume is not to be expanded, additional investments must be financed from current income. Although there are still unused capital reserves, especially by foregoing consumption, the Federal Republic's investment schemes depend — apart from a substantial investment contribution to expand the defence sector — also on foreign long-term loans for which the conditions have yet to be created.

Résumé: La capacité d'investissement et la répartition des capitaux dans la République Fédérale. La constitution de capitaux ayant été entravée par la guerre, le financement à l'aide du marché des capitaux a diminué beaucoup. Comme, pendant les années dernières, on a eu recours à l'auto-financement, dans la République Fédérale en résulte un développement disproportionné des secteurs de la production industrielle. Ce sont surtout les industries de base dont l'expansion est retardée. Les budgets publics surchargés n'étaient pas en état de procurer le capital faisant défaut aux marchés des capitaux. Comme d'autre part, pour des raisons de politique monétaire, tout procédé de création de crédits fut refusé, il fallait trouver des mesures pour diriger les capitaux d'investissement disponibles dans les arômes des industries de base. Pourtant l'aide financière au montant de 1 mrd. DM, prévue dans ce but pour l'économie allemande bientôt fut jugé insuffisante. Selon des estimations récentes les capitaux demandés annuellement par les industries houillère, métallurgique et de l'énergie, seulement, se montent déjà à 4 mrd. DM. La capacité d'auto-financement de l'industrie métallurgique s'élève à 40% au maximum, celle des deux autres branches à 20%. Mais aussi dans d'autres domaines, du point de vue de l'intérêt public dignes d'être encouragé (construction de logements et de chantiers) l'état fut obligé d'intervenir dans un sens dirigiste; soit sous forme de détaxes préférentielles, soit par des crédits à longue terme. Vu le montant élevé des capitaux nécessaires il faudra coordonner les emplois de nouvelles ressources financières dans une planification équilibrée. Comme on n'aura pas recours au moyen de la création de crédits des capitaux supplémentaires doivent être constitué à l'aide des revenus. Bien qu'il soit encore possible de mobiliser des réserves financières — surtout par restriction de la consommation — la République Fédérale, pour la réalisation de ses projets d'investissement, dépend non seulement d'une contribution importante pour la fortification de sa défense, mais aussi de crédits étrangers à longue terme dont les conditions seraient encore à déterminer.

Resumen: El poder de inversión y la distribución de las inversiones en la República Federal. La formación de capitales, considerablemente estorbada por la guerra y sus consecuencias, disminuyó mucho la financiación de inversiones por el mercado de capitales. Debido a la financiación propia, preferida en los últimos años, la industria de la Alemania occidental se desarrolló desproporcionadamente. Por eso, el desarrollo de las industrias de elementos de carácter básico quedó atrasado. Los presupuestos públicos, ya sobre-cargados, no podían suplir los medios que faltaban. Como por razones de la política monetaria el camino de la creación de créditos ha sido rehusado, se debían tomar medidas para dirigir los fondos disponibles de inversión en los cauces de las industrias de elementos básicos. La ayuda de inversión prevista en la economía alemana con esta finalidad y que importa mil millones de D-Mark, pronto resultó demasiadamente pequeña. La demanda de fondos por parte de la industria de carbón, de la industria de electricidad y de la siderúrgica se cifra en cuatro mil millones de D-Mark por año. De esta suma, los dos primeros ramos industriales sólo podrían procurar actualmente el 20 por ciento y la siderúrgica a lo sumo el 40 por ciento de capitales propios. Pero también en otros terrenos, que merecían ser fomentados (construcción de viviendas y astilleros), el Estado tuvo que tomar medidas directivas o por rebajas de contribuciones o por la prestación de créditos a largo plazo de fondos públicos. Con respecto a la magnitud de los medios necesarios será indispensable de reparar en una planificación total bien equilibrada en lo que respecta al empleo de las fuentes financieras a abrir. Como el camino de la creación de créditos queda cerrado, los adicionales fondos de inversión deben venir de las corrientes rentas. Aunque fuese posible crear reservas de capitales, especialmente por renuncia de consumo, la República Federal, en su proyecto de inversión, no sólo puede prescindir de una inversión considerable en el sector de la defensa sino también necesita créditos extranjeros a largo plazo para los que deben ser creados aun las suposiciones.